

## Aus der Landesgeschäftsstelle

- Diakonie in Württemberg fordert Beteiligung am Pakt für Integration S. 2  
Land soll Erfahrung, Kompetenzen und Strukturen freier Träger nutzen
- Reproduktionsmedizin kritisch begleiten S. 4  
„Woche für das Leben“: mehr Austausch über Ethik am Lebensanfang
- Für eine Rückkehr in Sicherheit und Würde S. 6  
Diakonie fordert zum Internationalen Tag der Roma Anstrengungen vom Land t
- Projektstart: Gutscheine für haushaltsnahe Dienstleistungen S. 8  
Schwarzarbeit verhindern, sozialversicherungspflichtige Jobs schaffen
- Bündnis gegen Altersarmut fordert Kurswechsel in der Rentenpolitik S. 10  
Diakonisches Werk Württemberg ist eine von 31 Organisationen
- Solidarität üben – Fairen Handel unterstützen S. 12  
Brot für die Welt Württemberg auf der Messe Fair Handeln
- Pflegeheime können Personal aufstocken S. 9  
Schiedsstellentscheidung sichert Qualität der Pflege in Baden-Württemberg

## Aus den Regionen

- Neues Netzwerk nimmt Fahrt auf S. 13  
Erlacher Höhe: Projekt zur Wohnraumschaffung geht weiter

**Kurznachrichten** S. 14

**Personalnachrichten** S. 15

Redaktion: Claudia Mann

---

Diakonie in Württemberg fordert Beteiligung am Pakt für Integration

**Die Diakonie in Württemberg fordert eine Beteiligung der freien Träger und Verbände am Pakt für Integration. Dafür stellt das Land in den kommenden beiden Jahren jeweils 160 Millionen Euro zur Verfügung. „Wir erwarten, dass die Hälfte der frei verfügbaren Mittel, die die Kommunen vom Land erhalten, für Maßnahmen und Angebote freier Träger bereit gestellt werden“, so Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender der Diakonie Württemberg. Wenn deren Kompetenzen schon nicht bei der Ausgestaltung des Pakts genutzt wurden, seien sie an der Umsetzung zu beteiligen. Dies gelte im Sinne der Subsidiarität besonders auch für das Konzept der künftigen „Integrationsmanager“. Bereits im Dezember hatte die Diakonie in einem Brief an den Sozialminister die Notwendigkeit der Beteiligung freier Träger zur Sprache gebracht.**

**Stuttgart.** Eine nachhaltige Integrationsförderung brauche ein Gesamtkonzept, das qualifizierte Strukturen der Beratung und Unterstützung im gesamten Integrationsprozess sichert und auf die bestehenden Kompetenzen der Verbände und Kirchen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit aufbaut.

Die Diakonie begrüßt den vom Land mit den Kommunen geschlossenen Pakt für Integration prinzipiell, weil damit ein kraftvolles Zeichen für die gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen gesetzt wird. Wenig Verständnis bringt Kaufmann jedoch dafür auf, dass der Pakt ohne Beteiligung von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und bürgerschaftlichen Initiativen ausgehandelt wurde. „Als die Not am größten war, haben wir innerhalb weniger Wochen und Monate Flüchtlingsunterkünfte bereitgestellt, ehrenamtliche Helferkreise aufgebaut und für unbegleitete junge Flüchtlinge Betreuungsangebote und Schulplätze geschaffen“, so Kaufmann. Beispielsweise haben die Einrichtungen der Diakonie allein 1.500 unbegleitete Minderjährige in Wohngruppen untergebracht sowie schulische und berufliche Vorbereitungsklassen eingerichtet. Zudem haben die Kirchen Millionen bereitgestellt, um die Ehrenamtlichenarbeit zu unterstützen, die Beratung von Traumatisierten zu stärken und die Kirchengemeinden bei der Integrationsarbeit zu begleiten.

Konkret fordert die Diakonie, dass die Gemeinden mit den jährlich 90 Millionen Euro, die sie ohne Zweckbindung erhalten sollen, den Ausbau interkultureller Familien- und Stadtteilzentren, Projekte zur Selbstorganisation von Flüchtlingen, Projekte zur Akzeptanz der Flüchtlingsaufnahme sowie Angebote der Mobilen Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit zur sozialen Integration junger Flüchtlinge fördern. Auch hier sind die Verbände bereits engagiert und bereit, weitere Verantwortung zu übernehmen. Die Diakonie in Württemberg fordert das Land auf, auf die Kommunen einzuwirken, damit diese die Option der hälftigen Vergabe an die freien Träger nutzen.

Von einer verlässlichen und langfristig angelegten Integrationspolitik erwartet die Diakonie, dass die bereits bestehenden Strukturen genutzt und effizient ausgebaut werden. Die Verbände und ihre Einrichtungen sind bereits in der Beratung in den Erstaufnahmeeinrichtungen, in der Flüchtlingssozialarbeit in der Vorläufigen Unterbringung Jugendlicher und Erwachsener, in der Anschlussunterbringung für junge Flüchtlinge, in der Migrationsberatung für Erwachsene, in den Jugendmigrationsdiensten und interkulturellen Angeboten der Jugendhilfe sowie in der Ehrenamtsbegleitung tätig – mit einer jahrzehntelange Erfahrung und Kompetenz in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit.

Mit 58 Millionen Euro sollen hauptamtliche Integrationsmanager finanziert werden, 12 Millionen Euro stehen für weitere Bereiche im Landes-Integrationsprogramm zur Verfügung. Damit könnten vor allem gemeinwesenorientierte Projekte und niederschwellige Angebote zur beruflichen Integration modellhaft erprobt werden.

Weitere Informationen: Birgit Dinzinger, Leiterin der Abteilung Migration und Internationale Diakonie, Tel.: 0711/1656-377, E-Mail: [dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de)

### Reproduktionsmedizin kritisch begleiten

**Für einen offenen, gesellschaftlichen Austausch über die Ethik am Lebensbeginn haben sich der katholische Bischof Gebhard Fürst und der evangelische Landesbischof Frank Otfried July ausgesprochen. Zum Auftakt der ökumenischen „Woche für das Leben“ kritisierten sie im Stuttgarter Marienhospital die wachsende kommerzielle Entwicklung der Reproduktionsmedizin.**

**Rottenburg/Stuttgart.** Er wisse um den Schmerz und das Leid von Eltern, die möglicherweise kein eigenes Kind bekommen könnten, sagte Bischof Fürst. Gleichzeitig mahnte er eine kritische Haltung gegenüber einer Reproduktionsmedizin an, die mehr und mehr „vom Glauben an eine Machbarkeit“ dominiert werde. Dieser Glaube führe zur weit verbreiteten Annahme, Kinderlosigkeit sei heute vermeidbar. In der Konsequenz setze dies Paare unter einen immensen Druck. Die Auseinandersetzung mit den Zahlen und Fakten belege jedoch, dass eine Behandlung nur in rund 20 Prozent zum Erfolg führe.

Dieser Umstand zeige, so der Rottenburg-Stuttgarter Bischof, dass es zu wenig Raum für einen offenen gesellschaftlichen Austausch über das sensible Thema der Kinderlosigkeit gebe. Die Begleitung von Paaren, deren Kinderwunsch nicht erfüllbar sei und die gemeinsame Suche nach einer alternativen, sinnstiftenden Lebensform müsse einen höheren Stellenwert einnehmen.

Bischof Gebhard Fürst bezeichnete die Methoden der Reproduktionsmedizin als „ethisch hoch bedenklich“. „Zeugung und Geburt eines Kindes werden immer mehr zum technischen Prozess degradiert, das Kind wird zum Labor-Produkt.“ Den Umstand der „Leihmutterschaft“ kritisierte er als eine „neue Art der Adoption“, die zur „Entrechtung und Diskriminierung“ von Leihmüttern führe und gleichzeitig eine nicht verantwortbare Selektion und Verwerfung von Embryonen mit sich bringe. Er appellierte in diesem Zusammenhang an die Verantwortung kinderloser Ehepaare. Der Rottenburger Bischof, der auch Vorsitzender der Unterkommission Bioethik der Deutschen Bischofskonferenz ist, unterstrich: „In Deutschland muss Leihmutterschaft oder Eizellspende ausnahmslos verboten bleiben“.

„Als Kirchen drängen wir auf eine umfassende ethische und gesellschaftspolitische Debatte über die Frage, ob wir alles medizintechnisch Machbare möglich machen sollen, eine Debatte darüber, ob es den Menschen, der Gesellschaft dient“, ergänzte der evangelische Landesbischof Frank Otfried July und fragte nach dem Maßstab, der angelegt werden solle. „Entspricht es unserer Vorstellung von Menschenwürde, wenn der Eintritt ins Leben geprägt ist von einem warenmäßigen Vorgang, wenn am Lebensanfang erst eine Prüfung auf bestimmte Krankheiten oder Behinderungen steht?“

„Wir glauben: Leben ist nicht verfügbar“, sagte Landesbischof July weiter. Es könne und dürfe nicht zur Verfügungsmasse in einem vielfältigen Inte-

ressengebilde werden. Die Kirche bejahe Lebensgestaltung, medizinische Fürsorge und Hilfe, aber kein Lebensdesign. „Kinder sind keine Produkte oder das Ergebnis eines noch so ausgeklügelten Hightech-Designprozesses.“ Sie dürften nicht Spielball ökonomischer Interessen sein.

Das Wissen um Gott als Schöpfer befreie vom Designwahn. „Wir sind keine Selbstproduzenten des Lebens, können es gar nicht sein, wir sind und bleiben Empfangende. Gott sei Dank für seine guten Gaben! Designerbabys – nein danke!“, betonte der württembergische evangelische Landesbischof.

Die ökumenische Aktion, „Woche für das Leben“ dauert bis zum 6. Mai und steht unter dem Motto „Kinderwunsch, Wunschkind, Designerbaby“.

Seit mehr als 20 Jahren steht die „Woche für das Leben“ für den Wert und die Würde des menschlichen Lebens und seinen Schutz in allen Lebensphasen. Sie will auf die vielfältigen Gefährdungen des menschlichen Lebens hinweisen und Menschen in Kirche und Gesellschaft für die Schutzwürdigkeit des Lebens in allen seinen Phasen sensibilisieren. Die „Woche für das Leben“ ist eine gemeinsame Aktion der Katholischen und Evangelischen Kirche in Deutschland. Sie wurde bundesweit am 29. April in Kassel eröffnet. pm

Weitere Informationen: Claudia Heinkel, PUA Fachstelle für Information, Aufklärung, Beratung zu Pränataldiagnostik/Reproduktionsmedizin, Tel.: 0711/1656-341, E-Mail: [heinmkel.c@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:heinmkel.c@diakonie-wuerttemberg.de)

---

### Für eine Rückkehr in Sicherheit und Würde

**Roma, die in ihr Heimatland zurückkehren, müssen dort in Sicherheit und Würde leben können, sagte Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, zum Internationalen Tag der Roma am 8. April. „Das Land muss sich stärker gegen extreme Armut und Ausgrenzung von Roma in den Herkunftsländern Südosteuropas einsetzen.“ Die Diakonie engagiert sich mit ihrer Aktion Hoffnung für Osteuropa, denn „alle Menschen sollen, geschaffen nach dem Bild Gottes, ein Leben in Würde führen können“. Die Kollekte in den Gottesdiensten an Karfreitag ist dafür vorgesehen.**

**Stuttgart.** „Rückkehrer sind besonders von Armut, Wohnungslosigkeit und Arbeitslosigkeit betroffen“, stellt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann fest. „Deshalb müssen wir vor allem die Roma bei der wirtschaftlichen und sozialen Wiedereingliederung in ihrem Herkunftsland unterstützen.“ Ohne Hilfe drohten sie wieder im Elend und der Hoffnungslosigkeit in einem der 600 Slums Serbiens zu enden. „Ohne Perspektive werden viele versuchen, die nächste Gelegenheit zur Ausreise oder Flucht nutzen“, ist Kaufmann überzeugt. Das Land Baden-Württemberg hat Kontakte zu einigen der Regionen in Südosteuropa, in denen viele Roma unter extremer Armut leiden und sollte diese auch im Rahmen der Donaauraumstrategie zugunsten der Verbesserung der Lebenslage der Roma nutzen.

Viele Roma haben in der Auswanderung oder dem Stellen eines Asylanspruchs im europäischen Ausland einen Ausweg aus extremer Armut, Ausgrenzung und Chancenlosigkeit gesucht. Doch kaum ein Antragsteller kann ein solches Maß an Diskriminierung nachweisen, dass es zu einer Anerkennung als Flüchtling ausreicht. Dass die Hauptherkunftsländer der Roma – Serbien, Mazedonien, Montenegro, Kosovo – zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden, führte zu verkürzten Asylverfahren und erhöhte die Zahl der Abschiebungen.

Die Diakonie in Württemberg engagiert sich mit ihrer Hilfsaktion Hoffnung für Osteuropa zusammen mit der lokalen Hilfsorganisation Ecumenical humanitarian Organisation (EHO) verstärkt bei der wirtschaftlichen und sozialen Reintegration von rückkehrenden Roma in Serbien. Diese Hilfe ist möglich, weil die Evangelische Landeskirche in Württemberg im Rahmen der Flüchtlingshilfe 450.000 Euro für die Hilfe für Roma bereitgestellt hat, die nach Serbien zurückkehren.

Mit der Aktion Hoffnung für Osteuropa setzen sich die Evangelische Landeskirche und die Diakonie in Württemberg seit fast 25 Jahren für benachteiligte Gruppen in Ost- und Südosteuropa ein. In mehr als 30 Projekten jährlich werden Roma in Serbien, Rumänien und der Slowakei, Flüchtlinge in Rumänien und Griechenland, Menschen mit Behinderungen in Kosovo und Russland und andere Gruppen von benachteiligten Menschen in Ost-

europa unterstützt. Das Motto der diesjährigen Aktion: „Solidarisch handeln in Europa“.

[www.hoffnung-fuer-osteuropa.de](http://www.hoffnung-fuer-osteuropa.de)

Weitere Informationen: Birgit Dinzinger, Leiterin der Abteilung Migration und Internationale Diakonie, Tel.: 0711/1656-377, E-Mail: [dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de)

---

Projektstart: Gutscheine für haushaltsnahe Dienstleistungen

**Fachkräftebedarf in der Region sichern und Schwarzarbeit verhindern, darum geht es in dem Pilotprojekt rund um haushaltsnahe Dienstleistungen. Initiatoren sind das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg (WM), die Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit (RD) und die Stiftung Diakonie Württemberg. Mittels Gutscheinen sollen Betroffene unterstützt werden, um sozialversicherungspflichtig erbrachte haushaltsnahe Dienstleistungen (HHDL) zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bezahlen zu können. Mit der Umsetzung ist das Diakonische Werk Württemberg beauftragt.**

**Stuttgart.** Die Idee: Frauen und Männer, die ihre Wochenarbeitszeit erhöhen, erhalten einen Zuschuss von acht Euro je Stunde, wenn sie sozialversicherungspflichtig haushaltsnahe Dienstleistungen wie Putzen, Bügeln oder Wäschewaschen in Anspruch nehmen. Der Haushalt muss also trotz vollzeitnaher Arbeit nicht liegen bleiben. Gleichzeitig bieten die Agenturen für Arbeit Qualifizierungsmaßnahmen für Dienstleister an und tragen so zur Professionalisierung von HHDL bei. Die Idee stammt aus Belgien.

„Unsere Erfahrung zeigt, dass häufig gut qualifizierte Frauen weniger Stunden arbeiten als sie möchten, um neben den familiären Verpflichtungen die Aufgaben im Haushalt erledigen zu können. Wenn diese Frauen ihre Wochenarbeitszeit um fünf bis zehn Stunden erhöhen und dafür von uns einen Gutschein bekommen, mit dem sie sich qualitativ gute Hilfe im Haushalt leisten könnten, schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe“, erklärt Christian Rauch, Vorsitzender der Geschäftsführung der RD Baden-Württemberg. Eine höhere Arbeitszeit ginge oft einher mit qualifizierteren Aufgaben und somit mehr Gehalt für die Arbeitssuchenden. Ebenso würden sozialversicherungspflichtige Jobs im HHDL-Bereich geschaffen.

„Mit dem zweijährigen Modellprojekt übernimmt Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle in Deutschland. Wir erproben innovative Handlungsansätze der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und tragen mit den Gutscheinen sowohl zur Professionalisierung haushaltsnaher Dienstleistungen als auch zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung und des Arbeitsvolumens von Frauen und Männern bei. Unser Ziel ist es, das Fachkräftepotenzial von Frauen noch besser für die Südwestwirtschaft zu erschließen“, erklärt Wirtschaftsministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut. „Durch die Gutscheine können beispielsweise Wiedereinsteigerinnen dabei unterstützt werden, in den Beruf zurückzukehren und entsprechend ihrer Qualifikation berufstätig zu sein. Angesichts des demografischen und familialen Wandels eröffnen wir neue und zeitgemäße Möglichkeiten für die parallele Vereinbarkeit von Beruf und Familie, wirken Schwarzarbeit im Sektor haushaltsnaher Dienstleistungen entgegen und stärken gleichzeitig die Regionen“, so die Ministerin weiter.



---

Momentan beschäftigt lediglich knapp ein Prozent der rund vier Millionen Privathaushalte Dienstleistende sozialversicherungspflichtig. Seriöse Dienstleistungsunternehmen würden momentan von Internet-Anbietern verdrängt. „Dies hat zur Folge, dass zum einen die gute Qualität der Arbeit, zum anderen die soziale Absicherung der Dienstleistenden komplett außer Acht gelassen werden“, beobachtet der Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werks Württemberg und der Stiftung Diakonie Württemberg, Oberkirchenrat Dieter Kaufmann. „Wir brauchen aber dringend einen gleichberechtigten Zugang aller zur Erwerbsarbeit, damit wir eine gleichberechtigte Teilhabe an Arbeit und Gesellschaft garantieren können!“

„Mit professioneller Hilfe im Haushalt wird es leichter Beruf und Familie zu vereinbaren. Unser Ziel ist es, qualifizierte Frauen, die stark in die Familienarbeit eingebunden sind, aber gerne wieder – oder wieder mehr – arbeiten würden, zu unterstützen. Durch haushaltsnahe Dienstleistungen können sie in ihrem Alltag entlastet werden“, betonte Dr. Ralf Kleindiek, Staatssekretär im Bundesfamilienministerium. „Auf der anderen Seite stärken wir mit dem Modellprojekt die Dienstleistungsunternehmen und bekämpfen wirksam Schwarzarbeit, da die Gutscheine nur da eingelöst werden können, wo die Firmen ihr Personal sozialversicherungspflichtig beschäftigen.“

Seit dem 1. März 2017 läuft das Modellprojekt in den Arbeitsagenturen Aalen und Heilbronn und ist auf diese Regionen begrenzt, Projektende ist Februar 2019. Mit einem Volumen von 1,6 Millionen Euro finanzieren RD Baden-Württemberg, Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg, BMFSJ und Stiftung Diakonie Württemberg.

Gutscheine können ausgegeben werden an:

- Wiedereinsteigende, Arbeitslose oder Arbeitssuchende mit Familienaufgaben, die anstatt der üblichen 15 bis 20 Wochenstunden eine Beschäftigung mit mindestens 25 – 30 Wochenstunden aufnehmen.
- Berufstätige, die wegen Betreuungs- und Pflegeaufgaben für Angehörige ihre Arbeitszeit auf unter 25 – 30 Stunden reduzieren bzw. ihre Berufstätigkeit aufgeben mussten.
- Berufstätige, die wegen Betreuungs- und Pflegeaufgaben für Angehörige in Teilzeit arbeiten und nun ihre Arbeitszeit auf mindestens 30 Stunden erhöhen möchten.

Die Gutscheine kann man bei Dienstleistungsunternehmen einlösen, die ihr Personal überwiegend sozialversicherungspflichtig beschäftigen. Der nachfragende Privathaushalt kauft die Dienstleistung ein und muss nicht selbst als Arbeitgeber fungieren.

Weitere Informationen: Olaf Kierstein (Projektkoordination) und Petra Sperling (Projektdurchführung), Tel.: 0711/1656-125 bzw. -462, E-Mail: [kierstein.o@diakonie-wue.de](mailto:kierstein.o@diakonie-wue.de) bzw. [sperling.p@diakonie-wue.de](mailto:sperling.p@diakonie-wue.de)

---

Bündnis gegen Altersarmut fordert Kurswechsel in der Rentenpolitik

**31 Organisationen, Verbände und Gewerkschaften aus Baden-Württemberg haben sich in Stuttgart zu einem breiten gesellschaftlichen Bündnis gegen Altersarmut zusammengefunden, um noch vor der Bundestagswahl für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik einzutreten. Bei der Konstituierung im Haus der Katholischen Kirche in Stuttgart wurde das Bündnispapier am späten Vormittag unterzeichnet. Mehr als 50 Veranstaltungen sind allein bis zu den Sommerferien geplant. Die Bündnispartner eint die Sorge, dass bereits ab 2030 Millionen ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger auf den Gang zum Sozialamt angewiesen sein werden, wenn nicht heute gegengesteuert wird. Die damit verbundenen Folgen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft seien dramatisch.**

**Stuttgart.** Im Bündnispapier halten die Partnerinnen und Partner fest: „Eine reiche und soziale Gesellschaft darf es nicht länger zulassen, dass Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben, in Armut geraten. Ein Wechsel in der Rentenpolitik ist dringend nötig und auch möglich. Die gesetzliche Rente soll wieder die Wahrung des Lebensstandards im Alter ermöglichen. Sie muss Armut im Alter verhindern! Wir halten ein Rentenniveau von wenigstens 50 Prozent für erforderlich!“

Martin Gross, ver.di Landesbezirksleiter: „Wir hatten die Initiative für dieses Bündnis ergriffen, weil wir schon seit Jahren wissen: Insbesondere bei den unterdurchschnittlich bezahlten Berufen im Dienstleistungsbereich, das betrifft zig Millionen Menschen in Deutschland, tickt eine soziale Zeitbombe. Wer den Mindestlohn erhält, muss 58,7 Jahre Vollzeit arbeiten, um im Alter mehr als Grundsicherung zu erhalten. Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal.“

Martin Kunzmann, Vorsitzender DGB-Bezirk Baden-Württemberg: „Anfang des Jahrhunderts ist der rentenpolitische Sündenfall passiert, als die paritätische Finanzierung der Rentenbeiträge aufgegeben wurde. Den Beitrag zur privaten Vorsorge tragen die Beschäftigten weitgehend alleine. Doch vielen Menschen fehlt das Geld, privat vorzusorgen. Zudem sind die angebotenen Finanzprodukte bei Weitem nicht so leistungsfähig und kostengünstig wie die gesetzliche Rentenversicherung. Die Schwächung der gesetzlichen Rente geht vor allem zulasten der jungen Generation. Junge Menschen brauchen eine planbare und verlässliche Alterssicherung. Das geht nur mit einer solidarischen, umlagefinanzierten Rente. Mit vernünftigen Konzepten ist es zu schaffen, die Beiträge hierfür zu schultern.“

Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg: „Alt zu werden ist mit Veränderungen verbunden. Soziale Beziehungen und Aufgaben gehen verloren, Gesundheit und Mobilität sind eingeschränkt. Wenn die Rente nicht für Kontaktpflege oder Miete reicht, belastet das ungemein. Es gibt aber auch die andere Seite: Es sind gerade die Menschen mit einer guten Alterssicherung, die bereit und in der

---

Lage sind, sich für den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft einzusetzen. Deshalb ist eine gute Alterssicherung für uns alle wichtig. Wer heute Angst vor dem Alter haben muss, weil unsere Gesellschaft nicht in der Lage ist, eine gute Alterssicherung für alle zu organisieren, wird im Alter keinen Anlass haben, sich für diese Gesellschaft zu engagieren.“

Manuela Rukavina, Vorsitzende des Landesfrauenrates: „In Baden-Württemberg verdienen Frauen durchschnittlich 26 Prozent weniger als Männer, mit gravierenden Folgen für ihre Rente. Der alte Spruch „Frauen leben länger- aber wovon?“ wird immer aktueller. Wir als Gesellschaft und die Politik bauen in weiten Teilen darauf, dass Frauen ihre Erwerbsbiographien am Wohle anderer ausrichten, bezahlen sie dafür schlechter und am Ende ihres Lebens stehen diese Frauen zum Dank dafür mit Minirenten da. Bei der aktuellen Lage und der Weiterentwicklung beim Thema Rente sieht man deutlich, warum sich der Landesfrauenrat und seine über 2,5 Millionen organisierten Frauen dem Bündnis angeschlossen haben.“

Bernhard Appel, Direktor des Caritasverbandes der Erzdiözese Freiburg: „Tiefgreifende wirtschaftliche Veränderungen bringen zunehmend gesellschaftliche ‚Verlierer‘ und ‚Gewinner‘ hervor. Hier mehr sozialen Ausgleich zu schaffen, kommt unserer gesamten Gesellschaft zugute, weil es den Zusammenhalt stärkt. Deshalb fordern wir politische Maßnahmen, die einer fortschreitenden sozialen Ungleichheit und der weiteren Polarisierung von Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft wirksam entgegensteuern. Dazu gehören auch faire und gerechte Arbeits- und Einkommensverhältnisse, die letztlich die Voraussetzung für ein finanziell abgesichertes Leben im Alter sind.“

Brigitte Rösiger, Geschäftsführerin Landesverband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV): „Alleinerziehende arbeiten praktisch ohne Aussicht auf Rente, sie steuern auf Altersarmut zu!“ Roland Sing, VdK-Vizepräsident und baden-württembergischer Landesvorsitzender des Sozialverbands VdK und Vorsitzender des Landesseniorenrats: „Die Absenkung des Rentenniveaus führt dazu, dass Menschen zu Bittstellern gemacht werden. Ihnen wird im Alter die Würde genommen, wenn sie nach ihrem Arbeitsleben Grundsicherung brauchen. Das ist bitter!“ Ursel Wolfgramm, Vorstandsvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Baden-Württemberg: „Altersarmut ist und wird vor allem weiblich sein. Insbesondere dann, wenn Frauen im Laufe ihrer Erwerbsbiographie vorwiegend Kinder betreut oder Angehörige gepflegt haben. Häufig können sie dadurch nur einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, nicht selten im Niedriglohnsektor. Die Rentenansprüche bewegen sich damit auf die Armutsschwelle zu oder sogar darunter. Die Weichen der Alterssicherungspolitik müssen endlich neu gestellt werden und der Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Altersarmut durch eine gerechtere Einkommenspolitik durchbrochen werden.“ pm

Weitere Informationen: Claudia Mann, stv. Pressesprecherin, Tel.: 0711/1656-334, E-Mail: 0711/1656-334, E-Mail. mann.c@diakonie-wue.de

---

Solidarität üben – Fairen Handel unterstützen

**Das Diakonische Werk Württemberg hat als Landesstelle Brot für die Welt zum Informieren und Diskutieren auf die Messe Fair Handeln eingeladen. Beim Espresso oder Kakao am Brot-Mobil konnten sich die Besucher vom 20. bis 23. April über die Lebensbedingungen in anderen Ländern informieren, über Ursachen von Flucht und Migration diskutieren und auch selber Kaffee rösten. „Uns ist wichtig, die Zusammenhänge zwischen den Lebensbedingungen weltweit und unserer Verantwortung aufzuzeigen“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg.**

**Stuttgart.** Die weltweite Verbindung zwischen allen Menschen wird laut Kaufmann auch am eigenen Handeln sichtbar. „Fairer Handel kann dazu beitragen, dass Menschen weltweit in ihrer Heimat ein eigenständiges und würdevolles Leben führen können.“ Kaufmann lud Besucherinnen und Besucher der Messe ein, sich mit den Fragen weltweiter Gerechtigkeit interaktiv auseinanderzusetzen.

Messebesucher konnten an einer Weltkarte ihre eigene Migrationsgeschichte einzeichnen. Ein Memory zeigt, was der eigene Beitrag auf dem Weg zur weltweiten Gerechtigkeit sein kann. Vorgestellt wurden auch Projekte, die Brot für die Welt fördert, zum Beispiel „Genug zum Leben dank Kakao“ in Indonesien.

Der Stand von Brot für die Welt Württemberg war Teil der Weltmarktplatzes. Er ist ein nicht-kommerzieller, gesonderter Teil der Messe Fair Handeln, auf dem interaktive Bildungsangebote rund um das Thema Entwicklungszusammenarbeit, soziale Ungleichheiten und Klimagerechtigkeit gestellt und diskutiert werden. Im Mittelpunkt des Weltmarktplatzes befand sich die sogenannte Weltbühne, auf der das vielfältige Rahmenprogramm der Messe zu sehen ist. cm

Weitere Informationen: Birgit Dinzinger, Leiterin der Abteilung Migration und Internationale Diakonie, Tel.: 0711/1656-377, E-Mail: [dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de](mailto:dinzinger.b@diakonie-wuerttemberg.de)

### Neues Netzwerk nimmt Fahrt auf

**Vertreterinnen und Vertreter der Kreisbaugruppe, des Jobcenters, des Kreissozialamts, der Wirtschaftsförderung und der Erlacher Höhe trafen sich zu einer Auftaktveranstaltung in Waiblingen. Grund für das Treffen ist das Projekt „Coming home“, das von der Erlacher Höhe im Rahmen eines Sonderprogramms des Sozialministerium Baden-Württemberg zur Armutsprävention initiiert und vom Sozialministerium gefördert wird.**

**Großerlach/Waiblingen.** Das Projekt hat zum Ziel, Wohnraum für am Wohnungsmarkt benachteiligte Menschen zu erschließen und hierbei die bereits vorhandenen Aktivitäten der Projektpartner besser zu vernetzen. Darauf aufbauend soll in den nächsten Jahren weiterer bezahlbarer Wohnraum im Rems-Murr-Kreis besser erschlossen und neu geschaffen werden. „Wir sind dankbar, dass sich Kreisbaugruppe, Jobcenter, Kreissozialamt und Wirtschaftsförderung darauf eingelassen haben, mit uns im Netzwerk nach Möglichkeiten zu suchen, wie trotz zunehmender Wohnraumverknappung in der Region und im Landkreis Menschen mit kleinem Geldbeutel Chancen auf eine Wohnung bekommen“, zieht Bernd Messinger, kaufmännischer Vorstand der Erlacher Höhe, eine erste Bilanz. „Wir haben Grund zur Hoffnung, dass wir auf diese Weise neue Wege zur Schaffung von Wohnraum entwickeln, aber auch vorhandenen, bisher nicht vermieteten Wohnraum erschließen können.“ Dabei will die Kreisbaugruppe insbesondere beratend tätig sein und ihr Netzwerk zu anderen Unternehmen der Wohnungswirtschaft im Landkreis nutzen. Menschen, die wohnungslos waren oder in prekären Wohnverhältnissen leben, sollen weiterhin einen fairen Zugang zu den Wohnungsbeständen der etablierten Wohnungsanbieter erhalten.

Das Kreissozialamt arbeitet an einem Konzept zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit, an dem die Erlacher Höhe beteiligt ist. Dabei geht es auch darum, Mietobergrenzen zu überprüfen und bei Engpässen durch Darlehen für Kauttionen zu helfen. Haben Menschen besonderen Betreuungsbedarf, kann das Kreissozialamt in Betreutes Wohnen finanzieren. Für Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, ist das Jobcenter wichtig. Die Wirtschaftsförderung des Kreises bietet eine gemeinsame Mietwohnungsplattform, insbesondere für Flüchtlinge und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. Die Mietwohnungsplattform ist zu finden unter [www.rems-murr-kreis.de](http://www.rems-murr-kreis.de). Dorthin können sich potenzielle Vermieter wenden. Für Petra Hübner, Koordinatorin des Projekts bei der Erlacher Höhe, ist es ein Glücksfall, dass sich im Rems-Murr-Kreis verschiedene Organisationen unter dem einen Ziel zusammenfinden, Menschen in Wohnungsnot zu helfen: „Ich wünsche mir, dass unser Vorhaben bald Früchte trägt und stehe interessierten Vermietern gerne als Ansprechpartnerin zur Verfügung!“ pm

Weitere Informationen: Erlacher Höhe, Petra Hübner, 71577 Großerlach, Tel.: 07193/57-0, E-Mail: [Petra.Huebner@erlacher-hoehe.de](mailto:Petra.Huebner@erlacher-hoehe.de)

### Kurznachrichten

**Stuttgart.** Das **Kooperationsprojekt „Inklusion braucht Raum“ des Rudolf-Sophien-Stifts (RRSS)** mit der Gewerblichen Schule Im Hoppenlau ist mit dem **„exzellent“-Preis** ausgezeichnet worden. Diesen Preis verleiht die Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen (BAG WfbM) jedes Jahr in drei Kategorien. Dabei wählt die Jury besonders vorbildliche Konzepte und Produkte guter Werkstattarbeit aus. Das Projekt von RRSS und der Schule Im Hoppenlau hat den Preis in der Kategorie „Bildung“ erhalten. Seit 2014 kooperiert das Rudolf-Sophien-Stift mit der Gewerblichen Schule Im Hoppenlau. Werkstattbeschäftigte werden gemeinsam mit Regelschülern der Berufsschule in Inklusionsklassen unterrichtet. David Langner, Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz lobte bei der Übergabe des Preises, dass dieses Bildungsprojekt einen ganzheitlichen und nachhaltigen Ansatz verfolgt. Im Zentrum des Projektes steht das gemeinsame Lernen von Schülern mit und ohne Behinderungen. Die Werkstattbeschäftigten werden dabei durch Fachkräfte der Werkstatt begleitet. Die Jury sieht in dem Konzept einen vorbildlichen Ansatz auf dem Weg hin zu inklusivem Lernen auch für Werkstattbeschäftigte. pm

**Stuttgart.** Arm sein – das bedeutet nicht nur, sich jeden Tag zu sorgen, ob das Geld für das Nötigste reicht. Es bedeutet auch, wenig Zugang zur Kultur zu haben. Die **Ausstellung „Kunst trotz(t) Armut“** möchte das in Stuttgart zumindest für einige Wochen ändern. Vom 5. Mai bis zum 1. Juni 2017 sind im Kunstbezirk im Gustav-Siegle-Haus und in der Leonhardskirche mehr als 140 Exponate von 35 Künstlerinnen und Künstlern aus dem In- und Ausland zu sehen. Darunter sind namhafte Künstler wie Joseph Beuys, Felix Droese, Sigmar Polke oder Klaus Staeck sowie Betroffene, die sich künstlerisch betätigen, darunter auch vier Künstler aus Stuttgart. Die Ausstellung wird am Freitag, 5. Mai, um 18 Uhr im Kunstbezirk im Gustav-Siegle-Haus, Leonhardsplatz 28, eröffnet. Neben Redebeiträgen von Vertretern aus Kultur und Sozialem ist an diesem Abend das Streichquartett des Brenzhaus-Kammerorchesters zu hören. Veranstalter der Ausstellung sind die diakonischen Träger der Wohnungsnotfallhilfe in Stuttgart, das Sozialunternehmen Neue Arbeit, das Kreativprojekt AMOS, das Diakoniefarramt Stuttgart und die Diakonie in Württemberg. Sie laden alle Interessierten herzlich zu der Vernissage ein. pm

**Kassel.** Seit 1998 fördert der **Sozialpreis "innovatio"** neue Antworten der Kirchen und der kirchlichen Wohlfahrt auf aktuelle soziale Fragen. Neue Lösungen für drängende soziale Probleme, Menschen neue Perspektiven eröffnen, sich stark machen, ehren- oder hauptamtlich, für andere: all das belohnt der Sozialpreis. Zehn Projekte werden mit jeweils 2.000 Euro prämiert. Der Gewinner erhält zusätzlich 8.000 Euro. Zum ersten Mal wird zusätzlich ein Publikumspreis mit einem Preisgeld in Höhe von 2.000 Euro vergeben. Ab dem 24. Mai kann man per Online-Voting seinem Favoriten unter den 20 Finalisten Ihre Stimme geben. Einsendeschluss ist der 30. April.. [www.innovatio-sozialpreis.de/](http://www.innovatio-sozialpreis.de/)

Personalnachrichten

**Prof. Dr. Annette Noller**, langjährige Dozierende der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg, hat den **Wichernn Sonderpreis 2017** für ihre Habilitationsschrift verliehen bekommen. Die Auszeichnung wurde in Berlin durch den Präsidenten der Diakonie Deutschland, Ulrich Lilie, verliehen. Diakoniewissenschaftlerin Noller hat im Sommersemester 2015 Forschungen zum Diakonat der Kirche an der Universität Heidelberg mit einer Habilitation erfolgreich abgeschlossen und die Ergebnisse der sechsjährigen Forschungsphase im Kohlhammer Verlag unter dem Titel „Diakonat und Kirchenreform“ 2016 publiziert. Die Jury hat nun die Analyse als besonders preiswürdig betrachtet. Der Wichern Preis wird alle zwei Jahre vergeben, der Sonderpreis ist mit 1.000 Euro dotiert. Vor dem Hintergrund von Armutsrisiken, demografischen Entwicklungen und globalen Flüchtlingsbewegungen werden in der Untersuchung Fragen der Kirchenreform vom Diakonat her diskutiert. Es wird die Theorie einer Kirche vorgestellt, die sich an pluralen Orten, in Gemeinden und Kirchenbezirken, in sozialen Projekten, in diakonischen Sozialunternehmen, vernetzt im Gemeinwesen gesellschaftlich engagiert. Auf der Basis von empirischen Daten entwickelt Annette Noller Theorien zu funktional ausdifferenzierten kirchlichen Strukturen und thematisiert die Chancen von multiprofessionellen Teams. pm